

Antrag

der Abgeordneten Winfried Hermann, Hans-Josef Fell, Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Dr. Anton Hofreiter, Peter Hettlich, Bettina Herlitzius, Cornelia Behm, Ulrike Höfken, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bahnstrom auf erneuerbare Energien umstellen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Voraussichtlich im Jahr 2009 oder 2010 wird das Atomkraftwerk Neckarwestheim 1 vom Netz gehen, das bislang etwa 15 Prozent des Bahnstroms liefert. Dadurch ergibt sich jetzt die Möglichkeit, den Anteil von Strom aus erneuerbaren Energien im Bahnbetrieb zu verdoppeln, anstatt den wegfallenden Atomstromanteil durch eine unerwünschte Erzeugung aus Kohle oder importiertem Atomstrom zu ersetzen.

Um die Klimaschutzziele der Bundesregierung zu erreichen, sind Energieeinsparung und der Einsatz erneuerbarer Energien die entscheidenden Hebel. Die anvisierte Verminderung der Kohlendioxidfreisetzung um 40 Prozent bis 2020 wird nur gelingen, wenn Unternehmen und Privathaushalte vom ökologischen und ökonomischen Nutzen der Klimaschutzmaßnahmen überzeugt sind. Die öffentliche Hand übernimmt hier eine Vorbildfunktion, dies gilt auch für Betriebe im staatlichen Besitz.

Als größtes staatliches Unternehmen ist die Deutsche Bahn AG (DB AG) mit rund 12 Mrd. Kilowattstunden auch der größte Stromverbraucher. Sie ist zugleich ein Unternehmen, das sich laut des unternehmenseigenen Nachhaltigkeitsberichts in besonderer Weise dem Schutz der Umwelt und des Klimas verpflichtet fühlt. Nicht zuletzt sind die Umweltvorteile des Bahnfahrens ein wesentlicher Punkt für die Kundenbindung des Unternehmens und daher von zentralem ökonomischen Interesse.

Dem hohen ökologischen Anspruch wird die DB AG jedoch bei der Strombeschaffung nicht gerecht. Mit 54 Prozent Kohlestrom, 32 Prozent Atomstrom und 14 Prozent Wasserkraft ist der Bahnstrommix umwelt- und klimaschädlicher als der Strommix in den öffentlichen Netzen. So verursacht der Stromverbrauch der DB AG allein rund vier Mio. Tonnen Kohlendioxid.

Der Deutsche Bundestag betont vor diesem Hintergrund die hohe Bedeutung einer verstärkten Beschaffung von Ökostrom bei der DB AG und bedauert, dass die Bundesregierung als 100-Prozent-Eigentümerin bislang in dieser Frage keinerlei Initiativen ergriffen hat, obwohl die für die Energieversorgung zuständige DB Energie GmbH selbst bei einem Börsengang der Bahn im mittelbaren Staatsbesitz verbliebe und die Bundesregierung hier die Möglichkeit hat, Unter-

nehmensziele vorzugeben, um den gesetzlich vorgegebenen Atomausstieg und die Klimaschutzziele zu erreichen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. in ihrer Funktion als 100-Prozent-Eigentümerin der DB AG darauf hinzuwirken, dass
 - der Bahnstrom der DB Energie GmbH schnellstmöglich sukzessive zu 100 Prozent im Zielzeitraum bis 2030 auf erneuerbare Energien umgestellt wird;
 - bei Ausschreibungen infolge auslaufender Lieferverträge Strom aus erneuerbaren Energien für die DB Energie GmbH vorgeschrieben wird;
 - die Hürden für das Einspeisen von Strom unabhängiger Anbieter in das Bahnstromnetz beseitigt werden;
2. den Eigenverbraucherbonus im Erneuerbare-Energien-Gesetz auf alle Formen der Erzeugung von erneuerbaren Energien auszudehnen und so der Deutschen Bahn AG-Tochter, DB Energie GmbH, einen Anreiz zu geben, den Ausbau erneuerbar erzeugten Stroms zu beschleunigen.

Berlin, den 11. Februar 2009

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion